



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/182 - 10. August 1956

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 0 686 890

Truppenabzug ohne Sensation	S. 1
Der Stand der russisch-japanischen Verhandlungen	S. 3
Kritische Fragen um die Suez-Konferenz	S. 5
Mitgefühl genügt nicht (Unglück von Charleroi)	S. 7

Deutschlands Sicherheit hängt von anderen Faktoren ab

sp. Nach vorliegenden Berichten wird der mögliche Abzug einer Division der Rhein-Armee in Stärke von etwa 15 000 Mann nicht erfolgen, ehe nicht das Ergebnis der Londoner Konferenz zur Suez-Kanalfrage vorliegt. Die Nachricht entbehrt also auch unter diesem Gesichtspunkt jedes sensationellen Charakters. Dies um so mehr, als schon längere Zeit von der Möglichkeit einer Veränderung der britischen Truppen in der Bundesrepublik gesprochen wird, unabhängig von der Suezkrise.

Die militärischen Begleiterscheinungen dieser Krise kommen also einer ohnehin vorhandenen Tendenz entgegen, die Truppen der ehemaligen Verbündeten auf deutschem Boden zu vermindern. Ein entsprechender Vorgang hatte sich ja schon in Hinblick auf Frankreich und dessen Schwierigkeiten in Nordafrika ereignet. Für die Sowjetunion waren zwar noch andere Erwägungen bestimmend, als auch sie sich zur Zurückziehung eines Teiles ihrer Besatzungstruppen entschloss - aber sie tat es immerhin. Schliesslich kamen in letzter Zeit immer häufiger Berichte aus den USA, die die Absicht der obersten militärischen Führung erkennen liessen, auch die Zahl ihrer Divisionen in Europa und damit auch in der Bundesrepublik herabzusetzen.

Vom deutschen Standpunkt aus besteht kein Grund, wegen dieser Entwicklung beunruhigt zu sein. Die SPD hat vielmehr immer die Auffassung

vertreten, dass eine allmähliche Herabsetzung der Besatzungstreitkräfte in Deutschland die Aussichten auf eine Wiedervereinigung nur verbessern könnte. Die Verminderung der Rhein-Armee wäre, obwohl es sich um rund ein Viertel der gegenwärtigen in der Bundesrepublik stationierten britischen Streitkräfte handeln würde, kein gravierender Vorgang. Dasselbe gilt in etwa für die inzwischen vollzogenen bzw. zu erwartenden Schritte der anderen Grossmächte. Der Grad der deutschen Sicherheit steht unter den heutigen Gegebenheiten in keinem unmittelbaren und direkten Verhältnis zur Zahl der fremden Truppen auf deutschem Boden. Diese Sicherheit hängt im Grunde von ganz anderen Faktoren ab, vor allen von den Fortschritten einer allgemeinen Entspannungs- und Abrüstungspolitik.

Unter diesen Umständen wäre es auch unrealistisch, wenn die Bundesregierung aus der immer klarer werdenden Tendenz, die Besatzungstruppen Deutschlands zu vermindern, die Notwendigkeit zu einer Aufrüstung der eigenen Streitkräfte zu maximaler Stärke auf dem Gebiete der herkömmlichen Waffen ableiten wollte. Die wirkliche Sicherheit Deutschlands würde dadurch keineswegs erhöht werden, da nach dem Urteil fast aller massgebenden amerikanischen Militärs, mit General Twining an der Spitze, eine kriegerische Auseinandersetzung zumindest in Europa niemals auf die Anwendung sogenannter konventioneller Waffen beschränkt bleiben würde.

* * *

Folgendes Telegramm wurde am Freitag der Belegschaftsvertretung der Grube Marcinelle bei Charleroi zugesandt:

Namens des Bezirksvorstandes und der Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei des Ruhrbergbaugebietes übersenden wir Euch zu dem furchtbaren Bergwerksunglück unser herzlichstes Beileid und bitten Euch, dieses auch an die Familien der Betroffenen zu übermitteln. Die Geschehnisse bestärken uns in unserer Überzeugung, dass nur eine gemeinwirtschaftliche Regelung der Eigentumsverhältnisse der Bergbau-Industrie ausreichende Sicherheit für Gesundheit und Leben unserer Bergarbeiter zu gewährleisten vermag.

Erwin Welke, MdB., Lüdenscheid, Rudi Heiland, MdB., Marl,
Alfred Gleisner, MdB., Unna

* * *

- 3 -

(siehe auch Seite 7)

Fische und Inseln

Das japanische Junktim zwischen Fischereiabkommen und Friedensvertrag.

Dr. R. Die äusserst schwierigen Verhandlungen über den Friedensvertrag zwischen Japan und der Sowjetunion haben sich festgerannt. Der japanische Aussenminister hat in Moskau denselben zähen Gegner in Schepilow gefunden, der ihm in London in Gestalt von Malik gegenübergetreten war. Zwischen jenem London und diesem Moskau ist insofern aber ein erheblicher Unterschied, als inzwischen, und zwar Mitte Mai, ein für die Ernährung des japanischen Volkes unerhört wichtiges Fischereiabkommen zwischen beiden Ländern abgeschlossen worden war. Es tritt aber vereinbarungsgemäss erst in Kraft, wenn Japan nach Unterzeichnung eines Friedensvertrags die diplomatischen Beziehungen mit Moskau wieder hergestellt hat.

Dieses auf Japan lastende Junktim hätte nun nicht zu entstehen brauchen, wenn die japanischen Fischereointeressen auf andere Weise berücksichtigt worden wären. Statt im Ochotskischen Meer hätten die Fischerflotten die benötigten Lachsmengen auch in den Gewässern der Aläuten fangen können. Und als die Fischerei-Verhandlungen in die Kriege kamen, wartete Tokio vergeblich auf einen Wink des Entgegenkommens aus Washington, um von dort Erleichterungen für den Fischfang nördlich und südlich der Aläuten zu erhalten. Dann hätte man auf ein Ergebnis in Moskau verzichten und den Sowjets den Rücken kehren können. Aber das erlösende Wort aus Washington kam nicht, so dass das Fischereiabkommen mit der Sowjetunion unterzeichnet werden musste, denn die japanischen Mägen müssen gefüllt werden. So kam das Junktim zustande, das Japan an die Leine Moskaus lotzte.

Immer an die Lachse denken

Shigemitsu hatte also für die Friedensvertragsverhandlungen eine schwache Position, denn er musste immer an die Lachse denken. Trotzdem erhob er seine Forderungen auf die Südkurilen wieder, um eine heftige Abfuhr zu erfahren. Zwar kamen die Sowjets mit der Entlassung von Kriegsgefangenen entgegen, die als Kriegsverbrecher verurteilt worden waren. Sie wollen auch noch 11 000 verschwundenen Kriegsgefangenen nachforschen. In der Frage der südlichen Kurilen verhielten sie sich aber völlig ablehnend und beriefen sich dabei auf eine Anzahl Verträge, so

den mit den USA geschlossenen Friedensvertrag von San Franzisko und auf die Abkommen von Jalta und Potsdam. In San Franzisko hat Japan tatsächlich auf die Kurilen verzichten müssen. Was in Jalta und Potsdam über die Kurilen festgelegt wurde, ist genau so zweideutig wie alles, was über die deutschen Ostgebiete in den entsprechenden Abmachungen steht. Da der Friedensvertrag mit den USA aber das neueste und letzte Dokument ist, das zu den Inseln klare Erklärungen enthält, konnten sich die Sowjets jetzt auf ein unangreifbares Schriftstück stützen. Die japanische Position dagegen steht in offensichtlichen Widerspruch zu dem, was Tokio vor Jahren selbst unterschrieb. Einen letzten Rückzugskampf führte Shigemitsu mit dem Hinweis auf die weiter zurückliegenden Vereinbarungen von Kairo, wo die Kriegsbündigten angesichts der allgemeinen Kampfplage noch bereit waren, auf jede Expansion zu verzichten.

Schepillow seinerseits hält das sowjetische Angebot von London auf Rückgabe der Inseln Habonai und Shikotan an Japan aufrecht. Er legte aber noch einen weit wirkungsvolleren Köder und bot einen Handelsvertrag über 1 Milliarde Rubel an, der eine Verhundertfachung der Handelsgeschäfte von heute bedeuten würde. In seiner Offerte befinden sich so begehrte Sachen wie billige Kohle, das dringend benötigte Holz, Erdöl und Getreide, wie auch die sowjetische Bereitschaft, Absatzmarkt für die Erzeugnisse der japanischen Maschinen- und Werftindustrie zu werden, verlockend ist.

Auf diesen Köder biss Shigemitsu an. Vorher hatte es jedoch harte Zusammenstöße wegen der Kurilen gegeben. Selbst Südsachalin war wieder auf die Tagesordnung gesetzt worden, auf das Japan schon unter Schmerzen in London hatte verzichten müssen. Bis zum japanischen Überfall auf Port Arthur war man bei den gegenseitigen Vorwürfen zurückgegangen, womit sich Japan allerdings in eine sehr unstrittene Position legte.

Beide Seiten haben ihren Standpunkt so bedingungslos vertreten, dass sie jetzt aus ihren Positionen nicht mehr weichen können. Japan wird das indes nichts nützen. Denn es muss an das Junktim denken und hat nur die Wahl, auf seine kaum gesicherten Fanggebiete zu verzichten oder auf die Südkurilen. Beides zusammen bekommt es nicht. Man kann das eine Politik des Drucks nennen. Solange aber Macht- und Druckmittel in der Welt nicht ausgestorben sind - und die Suezkanal-Affäre - 5 -

bietet dafür das prägnanteste Beispiel - werden sie die Mittel bleiben, mit denen die Grossen in der Welt ihre Forderungen durchsetzen. Jetzt muss Japans Aussenminister eilen, wenn er unter Verzicht auf die Inseln Friedensvertrag und Lachse sicher nach Hause bringen will.

* * *

Wenig Überzeugend

H.P. Sicher kann man unterstellen, dass keine der am Suez-Konflikt beteiligten Seiten ein Interesse daran hat, diesen Konflikt zu einem militärischen ausarten zu lassen. So bleibt nur der Verhandlungsweg. Zum Verhandeln aber braucht man den Partner, mit dem der Konflikt entstanden ist. Wollte man also erfolgreich mit Ägypten verhandeln, so ist es schwer zu begreifen, warum von vornherein London als Tagungsort gewählt wurde, obwohl zweifellos ein neutraler Ort für Ägypten annehmbarer gewesen wäre.

Ebenso ist die Begründung, die man für die Auswahl der 24 eingeladenen Staaten gab, wenig Überzeugend. Warum z.B. wurden nur Staaten eingeladen, die gerade über 43 % an der Durchfahrt des Kanals beteiligt sind? Die Auswahl lässt deutlich die Übergewicht von Ländern erkennen, die in der Regel die westliche Politik ohnehin unterstützen. Schwer verständlich ist vor allem auch, warum man hier bewusst die Vereinten Nationen übergehen hat, die doch gerade dazu geschaffen wurden, internationale Konflikte zu lösen. Hat man davor Angst gehabt, dass der asiatisch-afrikanische Block hier ein einseitiges westliches Vorgehen verhindern würde?

Natürlich ist auch die Bundesrepublik an einer friedlichen Beilegung der Schwierigkeiten interessiert. Mussten aber die Westmächte nicht wissen, dass die Einladung der Bundesregierung fast automatisch die Sowjetunion veranlassen würde, auch die Hinzuziehung der DDR-Regierung zu fordern? Warum haben die Westmächte sich dieser Vergrösserung der Schwierigkeiten ausgesetzt?

Auch eine andere Frage taucht auf: Bisher hat die Bundesregierung alles sorgfältig vermieden, was ihren Beziehungen zu den acht arabischen Staaten abträglich gewesen wäre. Jetzt hat sie die Teilnahme an einer Konferenz zugesagt, die möglicherweise von den arabischen Staaten als für sie mindestens unverbindlich angesehen wird. Wird die Bundesregierung sich - ebenso wie die andere Staaten angekündigt haben -

an die Konferenzbeschlüsse nicht gebunden fühlen wegen ihrer handelspolitischen Interessen im Nahen Osten? Könnte nicht möglicherweise gerade die Teilnahme der Bundesregierung Ägypten als Vorwand dienen, nunmehr die Pankower Regierung anzuerkennen?

Schon dass man diese vielen Fragen aufwerfen kann, beweist, dass die Bundesregierung hier in ein Gestrüpp der Machtpolitik verwickelt wurde und allzu wenig Fantasie gezeigt hat, ihre eigene Haltung den Beteiligten überzeugend klarzumachen. Die moralische Entrüstung, die aus manchen westlichen Kommentaren über den Gewaltakt Nasser spricht, trägt zudem recht doppelzüngige Züge. Trotz Aufforderung der UNO hat sich Ägypten seit Jahren geweigert, Israel den freien Durchgang im Suez-Kanal zu gewähren. Die westlichen Demokratien hätten allen Anlass gehabt, im Namen der grossen Postulate, die sie jetzt ins Feld führen, dagegen zu protestieren. Sie haben es nicht getan. Nur jetzt, wo ihre eigenen Interessen direkt berührt werden, setzen sie sich aufs hohe Ross. Diese Methode erleichtert nicht gerade die Lösung eines so schwierigen internationalen Problems.

* * *

Sicherheit im Berg

p. Selten hat man wohl bei einer schweren Grubenkatastrophe so stark empfunden, dass Mitgefühl und auch tiefe Erschütterung über das Schicksal der Opfer und ihrer Hinterbliebenen nicht genügen dürfen. Wir haben gehört und gelesen, dass alles Menschennögliche getan worden sei, um die Verschnittenen bei dem Grubenunglück in der Nähe von Charleroi aus ihrer furchtbaren Lage zu retten.

Aber auf die andere Frage: War alles Menschennögliche geschehen, um das Unglück zu vermeiden? Ist keine befriedigende Antwort gegeben worden. Die Tatsache, dass sich die Katastrophe nicht in Deutschland, sondern in einem Nachbarlande zutragen hat, ist in Zusammenhang mit der menschlichen Forderung nach grösster Sicherheit für den Bergmann unerheblich.

Der sehr wahrscheinliche Tod von weit über 250 Bergleuten - die genaue Zahl steht noch nicht fest - muss jedenfalls eine Mahnung von kasserstem Ernst und letzter Dringlichkeit sein, eben das Menschennögliche gerade auch bei der Organisierung des vorbeugenden Schutzes

gegen die vielfachen Gefahren des Berges zu tun.

Die veröffentlichte Mitteilung der italienischen Regierung, sie erwäge drastische Schritte, ist ein Alarmzeichen. In neun Jahren sind 435 Italiener in belgischen Gruben umgekommen, die möglichen Opfer von Marcinelle nicht mit eingerechnet. Annähernd die Hälfte aller untertage Beschäftigten im belgischen Bergbau sind Italiener, wenn ihr Anteil an den Bergarbeitern überhaupt auch geringer ist. Belgier halten sich von dieser Arbeit wenn irgend möglich fern, insbesondere wollen sie nicht untertage arbeiten, obwohl der Lohn für sie z.B. weit über dem im deutschen Bergbau liegt. Schon vor der Katastrophe hatten amtliche italienische Stellen den Zustrom arbeitssuchender Bergleute nach Belgien abzustoppen versucht. Sie hatten diesen Schritt mit den unzureichenden Sicherheitsvorkehrungen, aber auch mit einer nach ihrer Meinung unzureichenden wirtschaftlichen Benachteiligung der italienischen Arbeiter gegenüber ihren belgischen Kollegen begründet.

Inzwischen sind vor einiger Zeit durch die belgische Regierung zum ersten Male auch griechische Arbeiter angeworben worden. Mit Madrid wurde ein Abkommen über die Entsendung von spanischen Arbeitern in die belgischen Gruben unterzeichnet, mit Portugal wird verhandelt. Die Suche nach ausländischen Arbeitskräften für den belgischen Bergbau wird intensiv betrieben. Dabei ist unbestritten, dass sehr viele belgische Grubenbesitzer einen ausgesprochenen "Herr-im-Hause-Standpunkt" einnehmen, der mit den Erfordernissen unserer modernen Zeit nicht mehr in Einklang zu bringen ist.

Das alles sind sehr bedenkliche Symptome, und alle, auf die es ankommt und die verantwortlich mit Fragen des Bergbaues zu tun haben, werden sich keinesfalls mit dem Ausdruck des tiefempfundenen Mitleids für die Opfer des Unfalls begnügen dürfen. Ihre ganze Anstrengung muss dahin gehen, diesen ohnehin wohl schwersten aller Berufe wenigstens von seinen tödlichen Gefahren zu befreien, soweit das nur eben möglich ist.

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau